

## **Antragsteller: Bezirksvorstand**

## **Titel: Die populistische Gefahr in Deutschland und Europa**

### **Die Bezirksversammlung der Europa Union möge beschließen:**

Die Hertensteiner Thesen sind das Gründungsdokument der Europa Union. Wir bekennen uns in diesem Programm zu einem föderalen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Europa. Aktuell erleben wir auch in den Staaten der EU eine Bedrohung der Gewaltenteilung und der Freiheit, insbesondere der Medien- und Meinungsfreiheit, durch reaktionäre, autoritäre, populistische, demagogische und narzisstische Personen und Parteien. Positionen und Äußerungen, die noch vor wenigen Jahren als rechtsradikal galten, sind normal geworden.

Gleichzeitig breitet sich Euroskeptizismus immer weiter aus. Die Wahlentscheidung wird bei vielen BürgerInnen zunehmend von einer Anti-Haltung gegenüber demokratischen Parteien geprägt. Viele Menschen haben das Gefühl von den demokratischen Parteien bei ihren Einstellungen und Meinungen nicht mehr vertreten zu werden. Diese Repräsentationslücken machen die Wählerinnen und Wähler empfänglicher für populistische Parteien.

Migrationspolitik wird laut Studien und Umfragen von der Mehrheit der Unterstützer von rechtspopulistischen Parteien als Grund für ihr Wahlverhalten genannt. Diese Entwicklung bereitet uns im Hinblick auf die Europawahlen 2024 große Sorgen.

- 1.) Wir fordern deshalb von den demokratischen Parteien und ihren Repräsentanten, durch ihr Argumentationsverhalten, ihre Sprache und ihr gesamtes Auftreten bei Wahlkampfreden unsere Demokratie und ihre Institutionen nicht in Frage zu stellen und die Argumentationsbasis der rechtsnationalen Kräften dadurch zu legitimieren. Feindbilder von demokratischen Mitbewerbern und anti-elitäre Erzählungen, die den demokratischen Grundkonsens zerstören und damit den rechtsnationalen Kräften nutzen, sind zu unterlassen.
- 2.) Die Europäische Kommission wird aufgefordert, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit in der gesamten Union zu verteidigen und den Konditionalitätsmechanismus konsequent für finanzielle Sanktionen zu nutzen, wenn gegen die in Artikel 2 des Lissabonner Vertrages formulierten Werte, Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit der Justiz und der Medien verstoßen wird.

- 3.) Eine Kooperation der Europa Union mit europafeindlichen Organisationen ist ausgeschlossen. Die Kreisverbände dürfen europafeindlichen Parteien und ihren Sympathisanten kein Öffentlichkeitsforum bieten.
- 4.) Gleichzeitig dürfen wir die rechtspopulistischen Parteien im Rahmen der Europawahlkampagne nicht ignorieren. Alle Gliederungen der Europa Union werden aufgefordert, europafeindlichen Positionen der rechtsnationalen Parteien, in Deutschland insbesondere die der AFD, in Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern aufzudecken. Wir müssen deutlich machen, welche konkreten Auswirkungen deren politischen Ziele auf die Lebenswirklichkeit der Menschen haben.
- 5.) Verunsicherten Menschen muss durch konkrete politische Maßnahmen eine demokratische Perspektive geboten werden. Nachdem die Integrationskapazitäten in unserem Land erschöpft sind, fordern wir eine möglichst rasche Neuorientierung der Zuwanderungspolitik, die sowohl mit rechtsstaatlichen als auch mit völkerrechtlichen Normen übereinstimmen muss.
- 6.) Antiliberales und intolerantes Verhalten von zugewanderten MitbürgerInnen stärkt die antidemokratischen, fremdenfeindlichen und nationalpopulistischen Parteien in Bayern und Deutschland sowie den nationalistischen Autoritarismus in Europa. Menschen, die durch ihr Verhalten deutlich machen, dass sie nicht mit den Grundwerten unserer Verfassung übereinstimmen, müssen unser Land möglichst rasch wieder verlassen.

### **Begründung**

erfolgt mündlich durch den Bezirksvorsitzenden